

Who is number two?

Nicht erst seit gestern ist Gewalt omnipräsent und zeigt sich als giftgrüner Einheitsbrei: In einem Topf brodeln Amokläufe, Hooliganismus, politische Gewalt, Autoraser, die Verrohung der Sitten?, sexuelle Gewalt, soziale Unruhen und Rängeleien auf dem Pausenhof. Blätter steigern mit marktschreierischen Berichten über Mord und Totschlag ihre Auflagen, Sender ihre Einschaltquoten. Politiker mit ausgefeilten Anti-Rezepten sind auf Stimmenfang, Meinungsforscher_innen liefern Statistiken am Laufmeter und mal mehr, mal weniger originelle Köpfe schreiben Bestseller über das Phänomen, seine Ursachen und das, was dagegen zu tun sei.

Geprägt von Angst zeigt sich der herrschende Diskurs und auch von einer allgemeinen, man möchte sagen gleichgeschalteter Dämonisierung aller Gewalt. Insbesondere jener, die sich wie auch immer der Ordnung des Bestehenden widersetzt. Als repressive oder präventive demgegenüber ist Gewalt legitimiert und (moralisch) gerechtfertigt, bezieht ihre Berechtigung eben gerade daraus, die andere, die »bedrohliche« zu unterbinden. Ausser Kraft gesetzt ist da Pfarrers Mahnwort vom Zweck, der die Mittel eben gerade nicht heilige. Klar. Kommt Gewalt stets doch von Ex, dem diffusen Ausserhalb. Tentakel, die da greifen sind zahlreich: Ausländer rasen?/, Killerspiele zerrütten die Seele der?/, korrupte Beamte gefährden die bürgerliche?/, der Islam erklärt der säkularen?/?den Krieg. Nach gesellschaftlichen Ursachen wird nicht gefragt, Gewalt vielmehr auf den moralischen Begriff des Bösen gebracht, das einbricht: in die Familie, in die Nation, in die gesellschaftliche Norm. Als Alien lackiert lässt »Gewalt« sich so befehlen. Symptombekämpfung ist angesagt: Taliban jagen in Afghanistan, Kaugummikauen im Unterricht verbieten, Überwachungskameras installieren, Knüppel aushändigen. Placet?

Die Moral von der Geschicht': Eine Umkehrung dessen, was der liberale Rechtsstaat einmal als sein Credo erscheinen liess. Alles sei erlaubt, was nicht verboten ist, hiess es. Wie weit ist es gekommen. Alles soll nun verboten werden, was nicht explizit erlaubt sein soll? Den sichtbaren Spuren der Gewalt den Kampf zu erklären, darum geht es. Beinahe zum alleinigen Kriterium erhoben wird dabei irgendein subjektives Sicherheitsempfinden?. Zunehmend prägt diese Haltung den herrschenden Diskurs und zieht eine Politik nach sich, die den öffentlichen Raum einer möglichst umfassenden Verwaltung unterwirft. Alle Formen des Dissenses dagegen scheinen diskreditiert. Jeder Konflikt, der nicht lediglich die Verwaltung des Status Quo variiert, stört den zum schützenswerten Gut verklärten Konsens. Gegen Unerwartetes, gegen grundsätzliche Auseinandersetzung und damit gegen Bestrebungen radikaler Veränderung dichtet sich das Bestehende so ab. Wo ein Konflikt explizite Formen annimmt, werden selbige sogleich zum Problem deklariert,

bekämpft und zum Verschwinden gebracht. In der verwalteten Welt ist aller Widerspruch, der andere Regeln setzt, weil er mit den herrschenden nicht einverstanden ist, nichts anderes als ein Sicherheitsproblem.

Die Gewalt, die dieser Ordnung selbst inhärent ist, sowie die Ursachen und die systemischen Zusammenhänge, die den verschiedenen Ausbrüchen von Gewalt zugrunde liegen, werden demgegenüber nicht thematisch und dadurch unsichtbar gemacht. Dies zeigt sich in der Abdichtung des Bestehenden und seiner Logik gegenüber dem Möglichen.

Ein System, das die eigene Gewaltförmigkeit ausblendet, lässt jene, die unter seiner Herrschaft stehen, in Angst zurück. Angst aber, weil sie diffuses ist, sucht nach einer Symbolisierung dessen, was sie verursacht. In einem Klima diffuser Ängste lässt sich so Sündenbockpolitik betreiben. Und es verhindert zugleich, aus den Verhältnissen, die Angst hervorbringen, auszubrechen.

...und aber....

Diese Gesellschaft, die sich in ihrem Bewusstsein und ihren Äusserungen gegen alle grundsätzlich anderen Möglichkeiten abdichtet, ist die Gesellschaft unter bürgerlicher Hegemonie: eine Hegemonie, die sich in westlich-»demokratischen« Gesellschaften eins ums andere Mal äussert als xenophober oder anderweitig Ausgeschlossene und Entrechtete definierender Konsens derer Stimmen, die bemächtigt sind, sich Gehör zu verschaffen. Die Durchsetzung dieses Konsenses ist gleichbedeutend mit Entsolidarisierung zwischen den einzelnen Menschen und zwischen verschiedenen Gruppen. In seiner Festigung und seinem Ausbau ist das Funktionieren der etablierten Demokratien - inkl. ihrer propagierten Ausgangspunkte, als da wären Freiheit, Menschenrechte und Menschenwürde - ad absurdum geführt. Konkret zeigt sich das in Verordnungen, die Vergehen definieren, welche jene zu Schuldigen werden lassen, für die die kapitalistische Gesellschaft kein Leben in Würde und Freiheit vorgesehen oder zu bieten hat. Wir sind Sozialschmarotzer, Asoziale, X, Sans-Papiers; und Legalität ist der Fetisch, der die Hintertreibung einstmals vom aufstrebenden Bürgertum aufgestellter ideologisch-ethischer Massstäbe rechtfertigt. Ironie der Geschichte? Werden Gesetze dazu verwendet, Gruppen zu definieren, auszuschliessen und zu entrechten, verlieren sie den letzten Anschein von Legitimität.

Jedoch. Durch die schiere Existenz derer, die sie zu verwalten, beherrschen und neutralisieren trachtet, ist die bürgerliche Gesetzgebung in Frage gestellt. Sie bedarf des Repressions- und Zurichtungswerkzeugs: Polizei, Schule, Kulturindustrie. Der Betrieb darf nicht gestört werden, Tsunamis zum Trotz; ruhig soll es bleiben im

Lande. Umso mehr die Bourgeoisie auch den Klassenkampf von oben führt, ist ihr daran gelegen, selbigen nicht sichtbar werden zu lassen. Viel lieber doch verbirgt sie sich hinter Verwaltungsapparaten und ihre Interessen hinter ökonomischen Notwendigkeiten.

Die bürgerlich verfasste Demokratie erweist sich denn auch als gleichbedeutend mit der Abschaffung des Politischen zugunsten der Verwaltung des Bestehenden. Politik demgegenüber, um sie endlich hervorzukramen, ist nicht ruhig, kann nicht auf sich sitzen lassen. Politik unterbricht - den Courant Normale, die Debatte, das Fließband, den Verkehr. In ihr verlangen die Anteilslosen ihren Anteil, sagt Jacques Rancière. Ernsthaft: Weil wir nicht auf uns sitzen lassen wollen, überhaupt, weil wir nicht wollen, nicht verwaltet und verwaltet werden, darum wollen wir Politik, unsern Anteil eben.

Ohne »Gewalt« geht da nix? Wie lässt sich die bürgerliche Hegemonie, die sich als bloße Verwaltung des Bestehenden und seiner »Notwendigkeiten« ausdrückt, durchbrechen? Differenziertere Hinsichten sind gefragt. Daher: Wie lässt Gewalt sich sichtbar machen, darstellen, ausdrücken und einsehen? Wie sich analysieren? Und schliesslich wie sich real durchbrechen und überwinden? Darum geht es in diesem Band, einigen Stoff bieten wir dazu: Wir werden repressive Gewalt einer Kritik unterziehen, strukturelle Gewalt sichtbar machen und schliesslich Ansätze zur Gewinnung eines positiven Gewaltbegriffs aufzeigen, in dem die Normalrealität der verwalteten Welt durchbrochen werden kann. So Gott - oder war es der Mensch? sind es wir? - will.

Kritik repressiver Gewalt

Repressive Gewalt, was ist das? In »Angst vor der Revolte: Kneubühl contra Hobbes« legt Gabriel Hürlimann ein Augenmerk auf die Historizität und Relativität des staatlichen Gewaltmonopols. Er stellt am Extrem, und darum plastisch schön, - eines Amoklaufs, stattgefunden in einer Schweizer Kleinstadt im Spätsommer 2010 - die Frage nach der Rolle, die Steps Beyond, will heissen Grenzüberschreitungen, für dessen Legitimierung spielen. Resultiert aus jeglichen Durchbrechungen des Gewaltmonopols zwangsläufig dessen Stärkung? Jein: Jede grundsätzliche Transformation unterbricht herrschende Ordnungen, schlägt Breschen. Dass offene Gewalt seitens staatstragender Kräfte jedoch immer wieder handfest in Erinnerung gerufen, der repressive Apparat, diffuse Ängste sich zu nutze machend mit dem Argument, den Braven vor den krankhaft Verwirrten zu schützen, ausgebaut und legitimiert wird, scheint Methode zu haben. Wie Shakespeare sagt.

Mag durchaus mit Einverständnis der Vielen die Fahrt der Blindwütigen durch die

Polizei unzimperlich gestoppt, Ordnung wieder hergestellt werden, kann ebendiese in schiefes Licht geraten. Repression gegen den braven Bürger, der lediglich seine demokratischen Rechte einfordert, stösst auf. Dietrich Heissenbüttel zeigt anhand der Ereignisse in Stuttgart in seinem Beitrag »Alle Gewalt geht vom Staate aus«, wie es an unerwarteten Orten des gesellschaftlichen Raums zu Brennpunkten kommen kann, in denen sich Auseinandersetzungen anbahnen und abspielen, die sich in Form (und weniger vielleicht sogar im Inhalt) den normalrealen Gegebenheiten des »demokratischen« Verwaltungsapparats entziehen und widersetzen. In seiner inhaltlichen Begrenztheit ist ein Protest wie der in Stuttgart leicht zu kritisieren, doch gerade solche begrenzten Proteste führen zu konkreten Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Gewalt, die zu Politisierungen führen können, in denen sich plötzlich grundsätzliche Fragen von selbst stellen. Andere Formen der Politik treten so als Möglichkeit auf. Gestalteter »Volkswille« manifestiert sich demgegenüber in der Einrichtung »Ausschaffungsgefängnis«. Hier legt sich eines der direktesten Gewaltverhältnisse in westlich »demokratischen« Gesellschaften dar. Bürgerliche Legitimationsdiskurse, in denen es um Menschenrechte, Freiheit, Demokratie geht, sind hier ad absurdum geführt. Es bleibt den Bewahrern des Bestehenden, einen solchen Unort entweder möglichst unsichtbar zu machen oder aber seine direkte Gewaltförmigkeit mit einem fetischisierenden Verweis auf seine Legalität zu rechtfertigen. Der Gesetzgeber, sprich: das »souveräne Volk« (also das mit dem richtigen Pass und so...), befiehlt eben, den Menschen, die da kommen, das Leben möglichst schwer zu machen, sie also so sehr zu quälen, dass sie wieder gehen. Hier wird die Unerträglichkeit der bestehenden Verhältnisse so offensichtlich, dass sie nicht mehr schön geredet oder geleugnet, sondern nur noch versteckt oder aber offen als eben terroristische legitimiert werden können. In der Interviewcollage »Der Ausländer hat sich gültige Reisepapiere zu verschaffen und die Schweiz umgehend zu verlassen« treten Ausländer, Betreuer und Institution auf. Humanitäre Tradition à la Mode Suisse.

Mit Andy Warhol und Charles Moores beschäftigt sich Tobias Lander in »Triumph der Ohnmacht«. Am Beispiel Charles Moores Photos des Civil Rights Movements und Warhols Race Riot Serie stellt Lander die Frage, ob Bilder von Opfern repressiver Gewalt für politische Interventionen genutzt werden können. Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Ästhetik, die das Opfer ins Zentrum setzt, werden sichtbar und zur Diskussion gestellt.

Wie lässt sich repressive Gewalt sichtbar machen? Der Künstler Marc Bauer und die Philosophin Christine Abbt geben mit ihrer Arbeit »Herr und Knecht« eine mögliche Antwort darauf. In der Auseinandersetzung mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 und den Brennpunkten an der EU Grenze ist eine Serie aus Texten und Zeichnungen entstanden, in der Repression in ihrer Hermetik sichtbar

gemacht und in Frage gestellt wird. Eine Auswahl der Serie gibt's bei uns zu schaun.

Strukturelle Gewalt sichtbar machen

Während repressiver Gewaltverhältnisse gewahr zu werden man nicht umhin kommt, sind wir in subtileren verflochten, reproduzieren selbige. Sophisticated (engl.).

Zweifelsohne liegt in Prints, Film, TV, Netz und Facebook beachtliches agitatorisches Potential - Walter Benjamin hat's vermutet, die Ägypter_innen haben's genutzt. Zugleich übernehmen Massenmedien eine sehr wichtige Rolle bei der Durchsetzung hegemonialer Positionen und hegemonialen Bewusstseins. In seinem Beitrag »Disziplinierende Mediendiskurse« zeigt dies Hans Asenbaum auf am Beispiel Österreich und der Sozialschmarotzerdebatte. Eine Gleichschaltung der so freien Presse der bürgerlichen Demokratien ist immer wieder zu beobachten. Wie eine solche genau zustande kommt, wäre eine wichtige Frage, die - unendlich die Geschichte - ein andermal gestellt werden soll.

Strukturelle Gewalt und damit einhergehende Ein- und Ausschlussmechanismen sind Thema der Interviews, die Anke Hagemann geführt hat. In den Projekten »Beirut - Mapping Security« von Mona Fawaz und Ahmad Gharbieh und »Grenzgeografien« von Philipp Misselwitz und Tim Rieniets geht es - einmal für Beirut, einmal für Jerusalem - um Auswirkungen von Macht- und Gewaltverhältnissen auf den städtischen Raum und wie diese kartografisch erfasst und dargestellt werden können. So lassen sich im Städtebau und seiner Planung Ein- und Ausschluss konkret ablesen. Architektur zeigt sich als ein Mittel zur Repräsentation und vice versa als eines zur Durchsetzung bestimmter Machtverhältnisse. Das Bewusstsein darüber ist aber auch ein Bewusstsein für die Relativität der Bedingungen unserer Normalrealität, an das sich die politische Frage anschliesst, wie es denn ganz anders sein könnte.

Um das Verhältnis von Literatur und Gewalt ist es Adrian Wettsteins »Kleiner Tour de Force« zu tun. Literarische Texte vermögen gerade strukturelle Gewalt sichtbar zu machen und sie so zu thematisieren, dass sie ins Bewusstsein rückt. - Diesmal als erster Schritt der Emanzipation...

Demgegenüber bestimmen (Un)Sichtbarkeiten Teresa Callejo Pajares' Auseinandersetzung mit der Grenzregion zwischen Spanien und Afrika. In dem Beitrag »In/visible Borders« zeigt sie, wie die Grenze zwischen Sichtbarem und Unsichtbarem nicht nur Diskurse bestimmt, sondern vielmehr noch die materielle Situation der Menschen. Ein- und Ausschlüsse, physische Grenzen.

Gewinnung eines positiven Gewaltbegriffs - Bruchstellen und Widerstand

Die Normalrealität der verwalteten Welt durchbrechen. Darum geht es. Mit Worten und mit Taten.

Was hindert uns daran, fragt Holger Heide in »Angst und Kapital«. Was hält uns davon ab, den Scheiss endlich wegzuhauen, bedrückende, repressive Verhältnisse umzuwälzen? Heides These ist: die Angst, die von einer Traumatisierung herrührt, die uns durch die ursprüngliche Einzwängung ins Kapitalverhältnis zugefügt worden war. Was heisst das genau? Und wie lässt sich daraus ausbrechen? Der Artikel stellt vielmehr Fragen, als dass er fertige Antworten liefern würde, umreisst jedoch ein Konzept der Solidarität, mit der man sich gemeinsam aus der Angst befreien könnte. Solidarität muss in linken Organisationen mehr sein als etwas Funktionales und Praktisches: Sie ist Dreh- und Angelpunkt einer neuen kommunistischen Bewegung. Die Klasse der Lohnabhängigen hat sich in ihrem Kampf gegen Entrechtung und Ausbeutung in klassischer Weise an ihren Interessen orientiert. Holger Heide zeigt, dass im Blick auf die eigenen Interessen die Lage als Ausgebeutete reproduziert wird und schlägt demgegenüber vor, die Klasse der Lohnabhängigen solle sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Dieser Ansatz bietet eine neue Perspektive auf den Klassenkampf. Statt dass sich die Klasse der Lohnabhängigen in ihrem Selbstverständnis als Ausgebeutete bestätigen und somit als Opfer eines Systems reproduzieren, bietet die Orientierung an den Bedürfnissen die Chance einer aktiven Perspektive. Die Klasse der Lohnabhängigen macht einfach, was sie will.

Walter Benjamin und Judith Butler sind zwei, die sich ausführlich mit Gewalt, was sie, wo sie denn und was dagegen zu tun sei, auseinandergesetzt haben. Lina Brion stellt in ihrem Beitrag die Ansätze der beiden einander gegenüber und führt aus, dass es nicht nur die Gewalt im Bestehenden aufzuzeigen und zu kritisieren gelte, sondern der Kritik immer der Wille zur Zerstörung eigen sei, sie also selbst gewaltförmig verfahren muss.

Theorie ist wichtig. Aber: Geht's auch etwas konkreter? Wir haben die Spezialist_innen gefragt und einen Text erhalten vom Revolutionären Aufbau Schweiz über ihr Verständnis des Verhältnisses von Gewalt und revolutionärer Politik. Verschiedentlich schon über Raum und Zeit hinweg wurde die Militanzdebatte innerhalb der Linken geführt. Folgt man den Ausführungen des Revolutionären Aufbaus tut eine ernsthafte indes gerade heute Not. Vor allem auch innerhalb einer sich revolutionär ?begreifenden Linken. Debatte und Strategien sind hier verknüpft.

Um weitere Ansätze einer politischen Praxis bzw. der Auseinandersetzung mit solchen geht es denn auch in den Beiträgen von Lukas Germann und Raoul Gschrey. In seinen Reflexionen über das vor gut einem Jahr in deutscher Übersetzung erschienene Büchlein »Der kommende Aufstand« französischer Insurrektionist_innen plädiert Lukas Germann dafür, Gewalt als politische Strategie weder zu fetischisieren noch zur Trennlinie zu erheben. What the fuck means that?! See for yourself. Demgegenüber geht Raoul Gschrey in kleinen Schritten vor. Mit seinem Versuch, Normen und ihre Gewaltverhältnisse durch künstlerische Interventionen zu subvertieren, illustriert und propagiert er alltagspraktische Handlungsmöglichkeiten. Bloss Ausdruck einer Ohnmacht oder Wege aus selbiger? Nous ne savons pas.

Julia Lemmles und Judith Philipps Amok-Theater geht gewissermassen den gegenteiligen Weg der meisten anderen Beiträge. Während diese meist versuchen, Kategorien aufzustellen und Grenzen zu ziehen zwischen struktureller und unmittelbar begegnender, zwischen legaler und illegaler, repressiver und revolutionärer Gewalt, werden hier vielmehr verschiedene Erscheinungen von Gewalt in einander verwoben und vermengt. Ist solch eine Collageform in ihrer Assoziativität ein geeigneter Ansatz einer Reflexion über Gewalt? Kann sie einen Schritt der Emanzipation bedeuten?

Vielfalt ist garantiert, viel Gewalt auch. Es bleibt nur noch zu sagen, die Debatte möge beginnen. Meldet euch mit eigenen Beiträgen, Texten, Vorschlägen, Entgegnungen...!

Be seein' you...